

EGB – quo vadis?

1973 wurde der Europäische Gewerkschaftsbund gegründet, seither hat sich Europa massiv verändert. Der EGB muss dringend seine zukünftige politische Rolle finden.

Oliver Röpke

Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel und Mitglied im EGB-Vorstand

Als der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) im Jahr 1973 aus der Taufe gehoben wurde, entsprachen die politischen Rahmenbedingungen in Europa nicht ansatzweise den heutigen. Das Ziel war damals, die (westeuropäischen) Gewerkschaftsbünde aus der Europäischen Gemeinschaft und der **EFTA** unter einem Dach zu vereinen, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen in beiden Wirtschaftsräumen koordinierter zu vertreten. Am Ende waren es 17 Gewerkschaftsbünde aus 15 Staaten, die sich am 8. und 9. Februar 1973 bei der Gründungsversammlung in Brüssel zum EGB zusammengeschlossen hatten, darunter von Beginn an der ÖGB. Erstmals konnte im EGB auch die Spaltung in verschiedene Richtungsgewerkschaften überwunden werden – eine Errungenschaft, die sich bis heute gehalten hat. So ist der EGB die einheitliche Dachorganisation, in der sich alle demokratischen Gewerkschaftsbünde Europas sammeln, von christlich orientierten bis zu linkssozialistischen.

ÖGB stark vertreten

Seit 1984 ist der ÖGB stets mit zwei Mitgliedern im Vorstand des EGB vertreten, zunächst durch seinen Leitenden Sekretär Alfred Ströer und den Internationalen Sekretär Karl-Heinz Nachtnebel. Ab 1987 saßen für den ÖGB der damalige Präsident Fritz Verzetnitsch und Karl-Heinz Nachtnebel im EGB-

Vorstand, wobei Verzetnitsch zunächst Vizepräsident (1988–1993) wurde und anschließend von 1993 bis 2003 als Präsident des EGB amtierte. Bis heute spielt der ÖGB eine wichtige Rolle im EGB und ist seit 2008 durch seinen Präsidenten Erich Foglar ununterbrochen im EGB-Präsidium vertreten, dem engsten Führungsgremium des EGB.

Gewerkschaftlichen Einfluss sichern

Heute ist der EGB eine ganz andere Organisation als 1973 und vertritt weit über 50 Millionen ArbeitnehmerInnen aus ganz Europa. Ihm gehören inzwischen 90 Mitgliedsbünde aus 39 Ländern sowie 10 europäische Branchengewerkschaftsbünde an.

Spätestens mit dem EU-Beitritt hat sich auch die Rolle des ÖGB im EGB deutlich gewandelt. Weichenstellungen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik erfolgen zunehmend in Brüssel, auch der europäische Soziale Dialog gab einige Jahre wichtige Impulse. Damit war aber klar, dass sich die Mitarbeit im EGB nicht länger in der Verabschiedung von Resolutionen erschöpfen kann. Vielmehr müssen Positionen und Strategien erarbeitet werden, mit denen der EGB sich gegenüber Kommission, EU-Parlament und Rat einbringt, damit die Interessen der ArbeitnehmerInnen im Binnenmarkt nicht gänzlich untergehen.

Was aber ebenso wichtig ist: Viele Gewerkschaftsbünde und auch der EGB selbst schauen immer wieder mit großem Respekt auf den 70 Jahre alten ÖGB. Immerhin ist er bis heute eine

schlagkräftige und geeinte Gewerkschaftsbewegung, die – gemeinsam mit der Arbeiterkammer – über einen politischen Einfluss verfügt wie kaum eine Gewerkschaft in einem anderen Land. Die erfolgreiche Kampagne für eine Steuerreform hat dies wieder einmal bewiesen. Von diesem Einfluss können die ArbeitnehmerInnen in vielen Ländern nur träumen, wo sich die Gewerkschaften seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise häufig gegen zunehmende Angriffe auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen wehren müssen. Und schließlich ist es der EGB selbst, der derzeit seine Rolle in einer EU sucht, die durch konservativ-liberale Regierungen geprägt ist und in der Entscheidungen häufig an den Sozialpartnern vorbei getroffen werden.

EGB sucht seine Rolle

Der EGB wird vom 29. September bis 2. Oktober seinen 13. Kongress in Paris abhalten. Neuer Generalsekretär soll der Italiener Luca Visentini werden, der seit 2011 dem EGB-Sekretariat als politischer Sekretär angehört. In einer Teamlösung soll Visentini den EGB gemeinsam mit seinen StellvertreterInnen Peter Scherrer (Deutschland) und Veronica Nilsson (Schweden) führen. Ebenso intensiv wird derzeit über die künftige Rolle des EGB diskutiert. Soll er weiter den Anspruch erheben, sich mit möglichst allen Themen zu befassen, die für ArbeitnehmerInnen relevant sind? Oder soll er sich schwerpunktmäßig auf einige Kernthemen konzentrieren, die gemeinsam auf europäischer Ebene